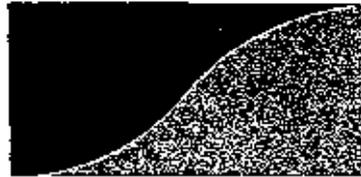


Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Postfach: 1204 DB
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 886846 pbbn d



Inhalt

40. Jahrgang / 82

30. April 1985

Anke Fuchs MdB, Stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, verurteilt die Gesetzesänderungen zum 1. Mai: Solidarität gegen die Wende. Seite 1

Karl Ravens MdL verurteilt die Durchsetzung des Bitburg-Besuchs von US-Präsident Reagan: Amerikanisches Deutschlandbild wird belastet. Seite 4

Sigrid Skarpelis-Sperk MdB ruft zum Protest gegen die "Traditionstreffen" der SS auf: Das Allgäu darf kein Refugium für NS-Verbrecher werden. Seite 5

Solidarität gegen die Wende nach rückwärts

Entlassungsförderung ausgerechnet am Tag der Arbeit perfekt

Von Anke Fuchs MdB

Stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion

Ausgerechnet zum Tag der Arbeit hat die Koalition aus CDU/CSU und FDP das sogenannte Beschäftigungsförderungsgesetz in Kraft gesetzt. Das kann man nur als bewußte Provokation der Arbeitnehmer bezeichnen. Das Gesetz fördert tatsächlich die Entlassung, hebt selbst den besonderen Kündigungsschutz der Schwangeren, Schwerbehinderten und Wehrpflichtigen aus.

Die Rechtskoalition geht einfach von der Annahme aus, durch den Abbau von Arbeitnehmerschutzrechten und durch die Flexibilisierung der Arbeitszeit im Arbeitgeberinteresse werde die Beschäftigung gefördert. Tatsächlich werden damit aber Stamm- und Vollzeitarbeitsplätze abgebaut, auf die die Arbeitnehmer existenziell angewiesen sind. Durch inhaltlich schrankenlose Zulassung befristeter Arbeitsverhältnisse, durch Ausdehnung und Aufwertung der Leiharbeit und durch Förderung umstrittener Formen der Teilzeitarbeit, wie Kapazitätsorientierte variable Arbeitszeit (KAPOVAZ) und Job-sharing, wird die Massenarbeitslosigkeit nicht ab- sondern ausgebaut.

Die Regierung Kohl hat in nur zwei Jahren die Einkommensverteilung zu Lasten der Arbeitnehmer, Arbeitslosen und Rentner, und Behinderten massiv verändert. Die Umverteilung von unten nach oben hat die Reichen reicher und die Armen ärmer gemacht. Ein Ende dieses Weges ist, solange diese Regierung weiter macht, nicht in Sicht. Diese Bundesregierung leistet sich zu allem Überfluß eine ungeheuerliche Selbstzufriedenheit, ein sattes Grinsen, dabei wird es immer schlimmer.

Das Sozialstaatsgebot des Grundgesetzes ist heute gleich mehrfach bedroht.



- Die Massenarbeitslosigkeit hat den höchsten Stand seit 1948 erreicht. Ganze Regionen sind vom Niedergang bedroht. Arbeitslose werden an den Rand der Gesellschaft gedrängt, neue Armut breitet sich aus.
- Die solidarische Interessenvertretung der Arbeitnehmer im Betrieb wird bedroht. Arbeitnehmerrechte werden eingeschränkt.
- Die Wirtschaftskrise wird zur dauerhaften Schwächung der Gewerkschaften mißbraucht. Es gibt sogar Pläne, das Arbeitskampfrecht zu Lasten der Gewerkschaften zu ändern, und die Neutralitätspflicht der Bundesanstalt für Arbeit zugunsten von Arbeitgeberinteressen preiszugeben.

Jede Auflistung dieser Art ist täglich überholt. Kommen doch immer wieder neue Greuel-taten hinzu. Dabei hat sich die Bundesregierung bei ihrem Sozialabbau doch schon reichlich Mühe gegeben. Aber die FDP wird immer frecher. Die Bange-, Hauss- und Möllemänner wollen jetzt sogar das Tarifvertragssystem insgesamt aus den Angeln heben. Herr Haussmann macht den verfassungswidrigen Vorschlag, untertarifliche Entlohnung zu vereinbaren. Hat er den Grundsatz gleicher Lohn für gleiche Arbeit vergessen? Da scheint selbst Blüm sprachlos, der doch sonst immer einen frechen Spruch parat hat. Jetzt zeigt sich erst so richtig, was Kohl, Blüm und Geißler eingerührt haben.

Nach zwei Jahren steht die Bundesregierung vor einem Scherbenhaufen. Jetzt sollen Wunder helfen. Blüm hofft zum Beispiel auf ein Einstellungswunder, nachdem die Arbeitgeber all das bekommen haben, was auf ihrem Wunschzettel stand. Die CDU will Arbeit schaffen, aber wie? Die Arbeitgeber sollen nach den Vorleistungen der Bundesregierung zu Lasten der Arbeitnehmer einstellen, sie tun es aber nicht, weil

1. es an Nachfrage im Inland mangelt und
2. Finanzanlagen hier und zum Beispiel besonders in den USA allemal attraktiver sind als Investitionen in Realkapital, sprich in neuen Maschinen und Anlagen.

Mit Appellen will die Bundesregierung Überstunden begrenzen. Sie sollte statt dessen ihre Schularbeit machen und ein vernünftiges Arbeitszeitgesetz vorlegen, wie es die SPD vorgemacht hat. An die Gemeinden appelliert die Bundesregierung, mehr zu investieren. Voraussetzung wäre aber, daß die Gemeinden dazu objektiv in der Lage wären, und nicht durch rasant steigende Sozialhilfelasten als Folge der Arbeitslosigkeit in die Enge getrieben werden. Die Appelle der Bundesregierung haben nur eine Funktion, nämlich von der eigenen Tatenlosigkeit abzulenken.

Die Bundesregierung tut nichts, um den Anstieg der Massenarbeitslosigkeit zu stoppen oder gar Massenarbeitslosigkeit abzubauen. Die Arbeitslosen werden mit ihren Sorgen und Nöten alleine gelassen. Die Lasten der Arbeitslosigkeit sind bei den Arbeitslosen und ihren Familien angesiedelt und bei den Gemeinden, die für die Sozialhilfe aufzukommen haben. Die Rechtskoalition hat die Leistungen für Arbeitslose und ihre Familien drastisch beschnitten. Die Folge ist neue Armut in unserem Land. Die Kleiderkammern der Wohlfahrtsverbände, zum Beispiel des Deutschen Roten Kreuzes, haben inzwischen eine ungeahnte Konjunktur erfahren.

Die Rechtskoalition hat die gesetzliche Rentenversicherung finanziell auf einen historischen Tiefstand heruntergewirtschaftet. Die Rechtskoalition hat den Rentenversicherungsträgern fünf Milliarden DM jährlich entzogen, und die Rente auf Pump in die deutsche Sozialgeschichte eingeführt. Trotzdem sind die Beiträge in der Sozialver-



sicherung weiter gestiegen. Demnächst müssen zur Rentenversicherung 19,2 Prozent gezahlt werden - soviel wie noch nie -. Und auch in der Krankenversicherung gibt es steigende Kosten. Bei der notwendigen Kostendämpfung im Gesundheitswesen hat die Rechtskoalition buchstäblich nichts zustandegebracht. Die pharmazeutische Industrie blieb einmal wieder ungeschoren.

Solidarität ist gefragt gegen die Wende nach rückwärts. Nach den Sparopfern werden jetzt die Arbeitnehmerrechte einkassiert.

- Das Jugendarbeitsschutzgesetz wurde schon massiv ausgedünnt. Der notwendige Gesundheits- und Gefahrenschutz der arbeitenden Jugend ist nicht mehr gewährleistet.
- Den Schwerbehinderten soll der Zusatzurlaub gekürzt werden, zudem soll der Zusatzurlaub bei Reha-Maßnahmen angerechnet werden. Die Beschäftigungspflicht Schwerbehinderter (gegen die viele Arbeitgeber permanent verstoßen haben) soll zurückgeführt werden. Den Kahlschlag bei der ehemals unentgeltlichen Beförderung Schwerbehinderter zurückzunehmen, fällt der Bundesregierung kurz vor dem Wählertermin Nordrhein-Westfalen ein - man wird sehen, was daraus wird -.
- Sprecherausschüsse, sogenannter leitender Angestellter, sollen aufgewertet werden, das heißt Spaltung der Interessenvertretung der Arbeitnehmer. Mit übertriebenen Minderheitenregelungen werden Spaltergruppen wahlfähig gemacht, die sonst keinerlei Chancen hätten. Das ist der bewußte Versuch, der konsensfähigen Position der Einheitsgewerkschaften den Boden zu entziehen.

Mit der Wende nach rückwärts muß endlich Schluß sein. Die Massenarbeitslosigkeit darf nicht weiter zunehmen. Die neue Armut muß gezielt bekämpft werden. Man darf nicht vergessen, inzwischen sind mehr als 700.000 Arbeitnehmer länger als ein Jahr arbeitslos. Immer mehr Jugendliche nach der Ausbildung werden arbeitslos. In der Altersklasse 20 bis 24 Jahre gibt es die höchste Arbeitslosenquote. Sie liegt um 40 Prozent über dem Durchschnitt.

Wir müssen gemeinsam gegen den Sozialabbau kämpfen. Wir müssen gemeinsam verhindern, daß der Bundesarbeitsminister mit seiner Idee zum Ausbau der Samstags-Arbeit durchkommt. Es muß verhindert werden, daß Textilmaschinen und Bänder der Automobilindustrie rund um die Uhr und das Wochenende durchlaufen. Bundesregierung und Arbeitgeber wollen, daß sich die Arbeitnehmer total den Arbeitgeberinteressen unterordnen. - Das zu verhindern, die Wende nach rückwärts zu stoppen und umzudrehen - ist möglich. Die Solidarität ist unsere Stärke. Gemeinsam können wir es schaffen.

(-/30.4.1985/rs/ks)

+ + +



Nein, um die Toten geht es nicht mehr

Mit dem Erzwingen von Bitburg wird das Deutschlandbild in den USA belastet

Von Karl Ravens MdL
Bundesminister a. D.

Nein, um die Toten, um die Opfer geht es nicht mehr. Der so dilettantisch vorbereitete Besuch des US-Präsidenten wird von Feinlichkeiten überwuchert. Aus dem Besuch, der die deutsch-amerikanische Freundschaft noch einmal untermauern sollte, droht eine nachhaltige Belastung des Deutschlandbildes in den Vereinigten Staaten zu werden.

Leichtfertig ist der amerikanische Präsident in seinem Land in eine vermeidbare Diskussion hineingetrieben worden, die durch manche falschen Töne bei uns noch verstärkt wurde. Präsident Reagan glaubte noch Ende Januar, aus Rücksichtnahme auf unsere Gefühle das ehemalige Konzentrationslager Dachau nicht besuchen zu sollen. Wen kann es verwundern, daß die dann folgende Absichtserklärung, der Bitte des Bundeskanzlers zu folgen und nach Bitburg zu gehen, in der amerikanischen Öffentlichkeit auf Ablehnung stieß. Die deutsch-amerikanische Freundschaft hat ihre Wurzeln in der gemeinsamen Einsicht, daß den millionenfachen Gräbern der Toten des Zweiten Weltkrieges und den Massengräbern der in den Konzentrationslagern Gemordeten niemals wieder neue Gräber hinzugefügt werden dürfen. Sie braucht keine spektakulären Auftritte. Was sie braucht, ist Rücksichtnahme und Verständnis füreinander.

Nein, um die Toten geht es schon lange nicht mehr, nicht um die Trauer und die Scham für die Geschändeten, Geknechteten und Gemordeten in den Konzentrationslagern, auch nicht um die Toten des Zweiten Weltkrieges. Es scheint nur noch ums Protokoll, ums Recht behalten, um vermeintliche Staatsräson zu gehen. So wird eine Geste der Versöhnung zum Schauspiel degradiert. In mir bäumt sich alles dagegen auf. Auf Friedhöfe ist für Schauspiele kein Platz.

Die Toten dürfen nicht zu Statisten gemacht werden, ihre Gräber nicht zu Kulissen. Die Toten haben ein Recht auf Würde. Aus Respekt vor den Toten kann ich am 5. Mai nicht nach Bergen-Belsen gehen.
(-/30.4.1985/vo-he/rs)

+ + +



Der SS-Provokation entgegentreten

Die Allgäuer Sozialdemokraten werden es nicht hinnehmen, daß ihre Heimat
zum Refugium von Rechtsradikalen wird

Von Dr. Sigrud Skarpelis-Sperk MdB (Allgäu)

Seit Ende Januar dieses Jahres erstmals bekannt wurde, daß sich in der ersten Maihälfte fast Tausend ehemalige Angehörige der Waffen-SS in der Ostallgäuer Gemeinde Nesselwang zu einem Kameradschaftstreffen zusammenfinden wollen, kommt der sonst so idyllische Ferienort am Rande der Alpen nicht mehr zur Ruhe und ist dabei, eine ungewollte, traurige Berühmtheit zu erlangen.

Auf Einladung des ortsansässigen Hoteliers Rolf Buchheister - einem ehemaligen SS-Angehörigen, der kürzlich aus der CSU austrat - will vom 3. bis 5. Mai der "Truppenkameradschaftsverband der 3. SS-Panzerdivision Totenkopf e.V." eine Mitgliederversammlung abhalten. Vom 11. bis 12. Mai trifft sich dann der Kameradschaftsverband "1. Panzerdivision Leibstandarte Adolf Hitler" zu seiner bundesweiten Jahreshauptversammlung.

Nach einer Protestwelle, ausgelöst unter anderem vom DGB, der SPD und des VVN, die alle ein Verbot der Veranstaltungen forderten, hat sich nun auch der zunächst "abwartende", von einer CSU-Mehrheit beherrschte Gemeinderat von Nesselwang eindeutig von den geplanten Treffen der Ewiggestrigen distanziert. Gleichzeitig hat sich eine "Bürgeraktion Nesselwang gegen SS-Treffen" konstituiert, der sich 25 von 29 Nesselwanger Vereinsvorsitzende ebenso wie der Katholische Pfarrgemeinderat anschlossen. Zusätzlich hat der Katholische Pfarrgemeinderat eine "Protestunterschriftenliste" ausgelegt, auf der sich bisher 550 Nesselwanger Bürger eingetragen haben.

Da aber alle zuständigen Stellen, von der Gemeinde Nesselwang über das Landratsamt Ostallgäu bis hin zur Landes- und Bundesregierung keine rechtliche Handhabe zu einem Verbot des Treffens sehen, haben sich verschiedene politische Organisationen und Vereinigungen, so auch die Allgäuer SPD, unter der Federführung des DGB Kreis Allgäu zusammengefunden, um gemeinsam eine Protestdemonstration für den 11. Mai in Nesselwang vorzubereiten. CSU und FDP waren leider - oder soll man sagen bezeichnenderweise? - nicht bereit, an diesen Vorbereitungen teilzunehmen.

Neben Plakaten und Aufrufen, die vom DGB zentral herausgegeben werden, hat die SPD in der Region Allgäu Flugblätter entworfen, die in den Unterbezirken Allgäu und Südschwaben flächendeckend verteilt werden.

Als Redner der SPD bei der Großdemonstration am 11. Mai werden der Landesvorsitzende und stellvertretende Bundesvorsitzende der AVS, Franz Josef Müller, sowie der Vorsitzende des SPD-Bezirks Südbayern, Jürgen Bödrich, sprechen.

Da es für die SPD im Allgäu in diesem Zusammenhang besonders wichtig ist, im Hinblick auf diese rechtsextremen Strömungen eine breitgefächerte Aufklärungsarbeit zu leisten, fanden und finden in verschiedenen Orten, vor allem rund um Nesselwang, Informationsveranstaltungen und Informationsstände über die Waffen-SS statt, um die Bevölkerung im Vorfeld der geplanten Demonstration zu sensibilisieren.

Denn es handelt sich bei diesen Kameradschaftstreffen mitnichten "nur um alte Herren", die Frieden suchen und in Frieden gelassen werden wollen", wie der Organisator Rolf Buchheister zu beschwichtigen versucht. Der Name Waffen-SS ruft Erinnerungen an eines der dunkelsten Kapitel der deutschen Geschichte wach. Besonders die SS-Totenkopfverbände stehen in untrennbarem Zusammenhang mit dem millionenfachen Judenmord im Dritten Reich. Sie waren von Hitler zur Bewachung der Konzentrationslager gebildet, bereits



1934 neben der Leibstandarte und der SS-Verfügungstruppe bewaffnet und seit Kriegsbeginn, zusammen mit anderen Einheiten der Waffen-SS zu eigenen Kriegsdivisionen ausgebaut worden. Seit 1940 standen alle diese Verbände, einschließlich der KZ-Bewachungsmannschaften unter der Bezeichnung Waffen-SS, also nicht nur die kämpfende Truppe, wie immer wieder behauptet wird. Sicher waren nicht alle Anhänger der Waffen-SS an Verbrechen beteiligt, noch waren sie allesamt Nazis. Unbestreitbar ist jedoch:

1. Die Waffen-SS verstand sich, auch als kämpfende Truppe, als geistige und weltanschauliche Elite und militärische Speerspitze des nationalsozialistischen Deutschland.
2. Die SS-Leibstandarte Adolf Hitler, auf der die Waffen-SS-Division Leibstandarte Adolf Hitler aufbaute, war eine der besonderen Verfügungstruppen Hitlers und seit 1933 selbst an zahlreichen Verbrechen beteiligt, wie zum Beispiel an der Ermordung der SA-Führung 1934.
3. Die SS-Totenkopfdivisionen waren hervorgegangen aus dem SS-Totenkopfverband, der bis zum Kriegsende die Bewachungsmannschaften der Konzentrationslager stellte.
4. Auch während des Krieges, als der Wehrmacht unterstellte Armeeteile, waren Einheiten und Mitglieder der Waffen-SS an Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit beteiligt.
5. Abgesehen davon, daß es unrichtig ist, daß nach 1945 alle Kriegsverbrecher verurteilt wurden: Allein der Name Waffen-SS hat dem Ansehen Deutschlands unermesslichen Schaden zugefügt und ruft in europäischen Staaten, die diese Landsknechtsarmee verwüstet hat, noch heute Abscheu und Ekel hervor.

Die geplante Zusammenkunft in Nesselwang muß als besonders geschmacklos erscheinen, jährt sich doch am 8. Mai zum 40. Male der Tag, an dem der Zweite Weltkrieg zu Ende ging, Deutschland und Europa von der Unrechtsherrschaft der Nationalsozialisten befreit und das millionenfache sinnlose Sterben endlich ein Ende hatte.

Die gerade in den letzten Jahren zunehmenden Aktivitäten rechtsradikaler Grüppchen und Gruppierungen im Allgäu, gerade auch der NPD, zeigen, daß nazistisches Gedankengut keineswegs endgültig der Vergangenheit angehört und - schon wieder - gerade auch bei jungen Menschen Anklang findet.

Die Allgäuer Sozialdemokraten werden es nicht hinnehmen, daß ihre Heimat zu einem Refugium alter und neuer Rechtsradikaler wird. Sie werden sich massiv an der Aufklärung der Bevölkerung und an der geplanten Demonstration am 11. Mai in Nesselwang beteiligen. Wenn die "alten Kämpfer" aus der Geschichte gelernt hätten, bliebe ihnen nur eine Möglichkeit: ihre Traditionsverbände aufzulösen. Über militärische Traditionstreffen kann man durchaus unterschiedlicher Meinung sein. Wer aber die genannten Traditionen in unserer Zeit weiterführen will, zeigt, daß er noch von dem selben nazistischen Ungeist beseelt ist, wie vor 1945.

Die SPD wird deshalb durch eine massive Teilnahme an der Protestdemonstration am 11. Mai 1985 in Nesselwang bekunden, daß eine solche "Traditionspflege" der Demokratie schadet und im Allgäu unerwünscht ist. Sie findet dabei die Unterstützung ihrer Bundestagsfraktion, die am 25. April 1985 im Bundestag einen Antrag zur Mißbilligung von SS-Traditionstreffen eingebracht hat, der an der völlig unverständlichen ablehnenden Haltung der Koalition von CDU/CSU und FDP scheiterte. (-/30.4.1985/rs/ks)

+ + +

